



23/SVV/1359

Antrag
öffentlich

Staudenhof abreißen und Wohnungslosigkeit verhindern

<i>Einreicher:</i> Fraktion AfD	<i>Datum</i> 06.12.2023
------------------------------------	----------------------------

<i>geplante Sitzungstermine</i>	<i>Gremium</i> Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	<i>Zuständigkeit</i> Entscheidung
-------------------------------------	---	--------------------------------------

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister fordert als Gesellschaftervertreter von der ProPotsdam GmbH, eine sozial verträgliche Lösung für den unter dem Druck der drohenden Zwangsäumung ausgezogenen, letzten Bewohner des „Staudenhofs“ zu finden, um dessen Wohnungslosigkeit zu verhindern.

Begründung:

Der Presse konnte entnommen werden (MAZ, 5.12.2023), dass der letzte Bewohner des „Staudenhofs“ seine Wohnung freiwillig verlassen hätte.

Nach Rücksprache mit dem Mieter stellt es sich so dar, dass weiterhin ein schwebendes Verfahren vor dem Amtsgericht Potsdam anhängig ist, worin über die Kündigung des Mietverhältnisses erst noch abschließend entschieden werden muss.

Da die Person sich weder gegen den Abriss noch gegen die Neugestaltung des Areals sperrt und nur auf ein rechtmäßiges Verfahren pocht, derzeit aber akut von Wohnungslosigkeit bedroht ist, sollte die ProPotsdam ihrem sozialen Anspruch gerecht werden und mindestens eine Ausweichwohnung sowie die Erstattung der Umzugskosten anbieten.

Anlagen:

1 Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich